



## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung vom 11.10.2011 zur 23. Sitzung, sowie die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Dornberg fest.

Herr Berenbrinker gratuliert Frau Hempelmann zu ihrem Geburtstag am 18.10. und schlägt vor, den TOP 5 – Schulorganisatorische Maßnahmen – nach TOP 1 – Einwohnerfragestunde - zu beraten.

### Beschluss:

**TOP 5 – Schulorganisatorische Maßnahmen – wird nach TOP 1 – Einwohnerfragestunde – beraten.**

– einstimmig beschlossen –

...-

## **Zu Punkt 1**

### **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg**

Herr Michael Barenberg, Frohnauer Straße 9, 33609 Bielefeld, berichtet, dass die Zufahrtstraße zur Tiefgarage des Wohnhauses Frohnauer Straße 9 durch das Aufstellen von über 20 Findlingen auf der städtischen Rasenfläche seitlich der Straße stark verengt worden sei, so dass durch parkende Autos, aber auch in Anbetracht des nahenden Winters, durch Schnee, die Ein- und Ausfahrt erschwert würde. Weitergehend führt Herr Barenberg aus, dass gerade im Winter für gehbehinderte Menschen erhebliche Gefahren bestünden.

Er stellt folgende Fragen:

- 1. Wer und warum wurde die Aufstellung der Findlinge auf der Rasenfläche an der Frohnauer Straße veranlasst?**
- 2. Was wird gegen die durch die Aufstellung entstandenen Probleme unternommen?**

Herr Berenbrinker sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen durch das Fachamt zu.

...-

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 22.09.2011**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 22.09.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Aktuelle Verkehrssituation an der Straße Vulsiekshof**

Frau Steinborn teilt mit, dass auf der Straße Vulsiekshof zwischen der Deppendorfer Straße und der Babenhauser Straße in der Zeit vom 17.10.11 – 28.10.11 eine Baustelle errichtet werde. Am 18.10.11 erfolge aufgrund von Fräsearbeiten und am 26.10. – 28.10.11 aufgrund des Deckeneinbaus eine Vollsperrung. Während der weiteren Bauzeit werde der Vulsiekshof nur für den Durchgangsverkehr voll gesperrt.

---

**Zu Punkt 4**      **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**      **Sportplatz an der Bavostraße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3178/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

*Gibt es von der Stadt Bielefeld eine konkrete Vereinbarung mit Anwohnern zur Nutzung des Sportplatzes an der Bavostraße?*

**1. Zusatzfrage:**

*Wie ist der konkrete Inhalt dieser Vereinbarung?*

**2. Zusatzfrage:**

*Warum und wann ist diese Vereinbarung getroffen worden und der Bezirksvertretung Dornberg nicht bekannt?*

Frau Steinborn teilt mit, dass es eine konkrete Vereinbarung gebe. Zum Inhalt dieser Vereinbarung teile das Sportamt mit, dass nach Absprache mit den Anwohnern und dem Vorstand des Sportclubs Babenhausen der Sportplatz Bavostraße

- montags bis freitags maximal bis 20.30 Uhr, an zwei Werk –
- tagen nur bis 19.00 Uhr
- samstags mit Jugendspielen und

- sonntags alle 14 Tage durch 1 Spiel einer Senioren –  
mannschaft/Anstoß 11 Uhr  
für den **Vereinssport** genutzt werden könne.

Zur Zusatzfrage 2 teile das Sportamt mit, dass es sich bei dieser Vereinbarung um ein übliches Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Bisher sei es nicht üblich gewesen, derartige Vereinbarungen und sich häufig ergebende Änderungen für die über 60 Großspielfelder der Stadt Bielefeld den Bezirksvertretungen jeweils im Einzelnen mitzuteilen.

Hinsichtlich der Frage, **warum** die Vereinbarung in dieser Form getroffen worden sei, werde auf eine Mitteilung der Verwaltung im nicht öffentlichen Teil verwiesen.

Herr Kleinesdar verweist darauf, dass hinsichtlich der Zusatzfrage 2 die Bezirksvertretungen aufgrund der gesetzlichen Grundlagen sehr wohl zu informieren seien. Hier solle ein Hinweis an das Fachamt erfolgen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis.

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2 Empfehlungen für die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in NRW**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3179/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest die Anfrage der CDU-Fraktion:

*Wie wirken sich die Empfehlungen zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in NRW - Mitteilung im Schulausschuss vom 13.09.2011 - auf die Leineweberschule aus?*

Zusatzfrage 1.

*Zu welchem Zeitpunkt ist es geplant, mögliche Maßnahmen an der Leineweberschule umzusetzen?*

Zusatzfrage 2

*Welche Folgen wird dies konkret auf die Dornberger Grundschulen haben?*

Frau Steinborn verliest die Antwort des Amtes für Schule:

*Bei der Leineweberschule handelt es sich um eine städt. Förderschule der Primarstufe mit dem Förderschwerpunkt „Sprache“. Die Schule hatte in den letzten Schuljahren jeweils ca. 170 – 180 Schülerinnen und Schüler bei einem Einzugsbereich für die gesamte Stadt Bielefeld. Seit 2007 wird der Förderschwerpunkt „Sprache“ auch von fünf weiteren städt. Förderschulen im Verbund mit anderen Förderschwerpunkten angeboten.*

Die Gutachter Klemm/Preuss-Lausitz haben dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) für die Förderschwerpunkte „Lernen“, „emotionale und soziale Entwicklung“ und „Sprache“ als Ziel eine innerhalb von 10 Jahren zu erreichende Inklusionsquote von 100% vorgeschlagen und empfehlen ferner, bereits ab Schuljahr 2012/13 keine Eingangsklassen mehr zu bilden. Sollte das MSW diese Vorschläge aufgreifen, könnte sich die Schülerzahl aller betroffenen Förderschulen - auch der Leinweberschule - innerhalb kurzer Zeit so stark reduzieren, dass kein geordneter Schulbetrieb mehr möglich ist und dieser eingestellt werden müsste. Das Recht der Eltern, ihr Kind auch künftig an einer Förderschule fördern zu lassen, bleibt von der Inklusion unberührt. Es ist derzeit nicht genau prognostizierbar, wieviele Eltern von diesem Recht Gebrauch machen werden. Für die Leinweberschule wird es jedoch nach Einschätzung der Verwaltung auch künftig zahlreiche Interessenten geben.

Zusatzfrage 1:

Antwort:

Eine Zeitplanung ist erst möglich, wenn im Schulgesetz NRW im Jahr 2012 die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung der Inklusion im Schulbereich geschaffen wurden und die Finanzierungsfragen geklärt sind.

Die wohnortnahe Beschulung behinderter Kinder ist ein wesentlicher Aspekt des schulischen Inklusionsgedankens. Für die aus Bielefeld stammenden behinderten Schüler/innen der Förderschulen muss im Rahmen eines städt. „Inklusionsplans“ auf Basis der für 2012 angekündigten schulgesetzlichen Regelungen ein Konzept entwickelt werden, wo und wie sie in den allgemeinen städtischen Schulen - oder bei entsprechendem Elternwillen weiterhin in Förderschulen - adäquat gefördert werden können.

Zusatzfrage 2:

Welche Folgen wird dies konkret auf die Dornberger Grundschulen haben?

Antwort:

Sofern während bzw. nach Umsetzung der Inklusion im Schulbereich mangels Anmeldungen kein Bedarf mehr für den Förderort Leinweberschule bestehen sollte, sind sprachförderbedürftige Schüler/innen aus Dornberg wohnortnah in den Grundschulen des Stadtbezirks zu fördern, sofern diese fachlich und sachlich darauf eingerichtet sind und Eltern diese Förderorte für ihre Kinder wählen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung nehmen Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 5      Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich**

**Zu Punkt 5.1    Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Mitte, Dornberg, Brackwede, Jöllenbeck, Schildesche und Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2977/2009-2014

Herr Berenbrinker begrüßt Herrn Müller vom Amt für Schule sowie Herrn Günther vom Dezernat 2 Schule/Bürger/Kultur, die für eine Berichterstattung zum aktuellen Stand der schulorganisatorischen Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Herr Müller führt aus, dass der Auslöser für die Überlegungen zu schulorganisatorischen Maßnahmen schulrechtliche Vorgaben zur Schul- und Klassengröße, bedarfsgerechte Lehrerstellenversorgung in allen Schulen, mehr Bildungsgerechtigkeit sowie unbesetzte Schulleitungsstellen gewesen seien. Die Handlungsmöglichkeiten, um auf Probleme zu reagieren, seien der Verzicht auf zu kleine, nicht mehr erforderliche Schulstandorte, Schaffung von Schulverbänden sowie die Festsetzung/Begrenzung von Zügigkeiten einzelner Schulen. Seit Anfang 2011 zusätzlich noch die Bildung von Schuleinzugsbereichen.

Daraus sei in einem zeit- und arbeitsintensiven Prozess mit sehr vielen Beteiligten, eine Vielzahl von Maßnahmevorschlägen entstanden, die - auf den Stadtbezirk Dornberg bezogen- auf drei „Szenarien“ zusammengefasst worden seien.

Herr Müller führt aus, dass die Situation der Grundschulen nicht nur in Bielefeld zu hoher Unzufriedenheit geführt hätte, sondern im ganzen Land bei Betroffenen auf großen Widerstand gestoßen sei. Dies habe am 19.10.2011 im Landtag NRW zu einem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU sowie Bündnis 90/ Die Grünen geführt, der mit Mehrheit beschossen worden sei. Dies stelle nun keine neue Verordnung oder ein neues Gesetz dar, jedoch ergäben sich hieraus neue schulpolitische Leitentscheidungen und man müsse erst abwarten wie weitergehend damit umzugehen sei. Im Wesentlichen solle die Schließung kleiner Grundschulen danach die Ausnahme darstellen und eine wohnortnahe Fortführung ermöglicht werden. Hieran gebunden sei die Schülerzahl, wonach bei einer Schülerzahl unter 92 die Weiterführung einer Schule als Teilstandort gewählt werden könne, bei mehr als 92 Schülern sei jedoch die Eigenständigkeit der Schule vorgesehen. Man verspreche sich bei den Verbundlösungen bessere Bedingungen für die Teilstandorte. Eine genauere Definition der „besseren Bedingungen“ läge derzeit jedoch noch nicht vor. Der bisherige Klassenbildungswert von 18 – 30 solle auf die Bandbreite von 15 – 29/30 verändert werden. Weiterhin seien neue pädagogische

Konzepte vorgesehen, welche auch einen jahrgangsübergreifenden Unterricht einschließen. Herr Müller weist darauf hin, dass es dadurch auch zu Qualitätsverlusten kommen könne. So habe man vor vielen Jahren diesen jahrgangsübergreifenden Unterricht aus diesem Grunde abgeschafft. Eine weitere Änderung sei die Einführung einer kommunalen Klassenrichtzahl als Höchstgrenze für die Eingangsklassenbildung. Hier könne auch noch nicht benannt werden welche Veränderungen entstünden.

Vor diesem Hintergrund gelte, dass die Vorschläge der Verwaltung zu Grundschulauflösungen keine politische Mehrheit finden würden. Die Gründung von Schulverbänden für Grundschulen mit einer Schülerzahl von unter 92 würde schulgesetzlich nicht mehr verlangt, daher sei es falsch, an den vergangenen Planungen festzuhalten. Die Verwaltung halte jedoch an der bestehenden Vorlage fest und gebe die Änderungen zu bedenken um diese in die Entscheidung mit einzubeziehen.

Der Kreis der betroffenen Schulen reduziere sich durch die neue Situation von 15 betroffenen Schulen auf Eine, die Grundschule Schröttinghausen, da diese von den aktuellen Zahlen unter dem Richtwert von 92 Schülern läge und sich nach den Planungen des Amtes für Schule langfristig auch keine Veränderungen ergeben würden. Somit sei zu diesem Standort die Frage der Verbundlösung im Auge zu behalten und es könne über einen geeigneten Verbundpartner nachgedacht werden. Weiterhin bleibe die Bildung von Schuleinzugsbereichen eine geeignete Maßnahme zur Steuerung von Anmeldezahlen über die, ebenso wie über die Zügigkeiten von Schulen, weiterhin nachgedacht werden könne. Letzteres auch vor dem Hintergrund der „kommunalen Klassenbildungsrichtwerte“.

Zum weiteren Vorgehen führt Herr Müller aus, dass die Verwaltung die Stellungnahmen der Schulkonferenzen und der Bezirksvertretungen auswerte und eine Vorlage für die Sitzung des Schulausschusses am 08.11.11 erstellen würde. Derzeit könne noch keine Aussage zum Inhalt der Vorlage gemacht werden. Möglich sei jedoch, dass dort neue Organisationsmaßnahmen aufgeführt würden. Das würde dann ein neues Beteiligungsverfahren mit Schulkonferenzen und Bezirksvertretungen nach sich ziehen, mit der Folge, dass ein Ratsbeschluss nicht im November 2011, sondern erst im Dezember 2011 oder Januar 2012 möglich wäre. Das Anmeldeverfahren an den Grundschulen könne dann nur unter Vorbehalt erfolgen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung Dornberg einigen sich dahingehend, über die vorliegenden Beschlussvorlagen Nr. 2977/2009-2014 und 2977/2009-2014/1 der Verwaltung nicht zu beschließen.

Frau Brinkmann verliert den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie Frau Wilmsmeier von der FDP:

*Die Stadt Bielefeld wird als Schulträger aufgefordert, die fünf Grundschulen in Dornberg auch in Zukunft in ihrer Eigenständigkeit zu belassen. Die Berechtigung der Eigenständigkeit kann nach ca. 5-7 Jahren überprüft werden.*

Zur Begründung führt Frau Brinkmann an, Dornberg sei der Stadtteil

Bielefelds mit den größten absehbaren Veränderungen durch die Erweiterung der Universität und des Campus Lange Lage. In diesem Zusammenhang würden neue, der Verwaltung noch nicht bekannte Baugebiete entwickelt und erschlossen. So sei eine Kindertagesstätte auf dem Gebiet der Langen Lage in der Vorplanung mit 55-80 Plätzen bereits vorgesehen. Dies hätte Auswirkungen auf den Grundschulbereich und somit auf die nahe gelegene Grundschule in Schröttinghausen, welche derzeit die Einzige im Stadtbezirk sei, deren Schülerzahl unter der geforderten Zahl von 92 Kindern läge. Die Entwicklung der Baugebiete und der Unierweiterung ließen jedoch für den Einzugsbereich der Grundschule Schröttinghausen äußerst positive Prognosen zu.

Die Eigenständigkeit der Grundschule sei durch die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen durchaus möglich und Defizite in der Lehrerversorgung könnten durch freiwillige Kooperationen ausgeglichen werden.

Es sei abzuwarten, wie sich die Schullandschaft in den nächsten Jahren entwickeln würde, welche Bewegungen z.B. auch durch die Einrichtung der Bekenntnisschule in Hoberge-Uerentrup entstünden.

Sie lädt alle Gruppierungen ein, sich dem Antrag anzuschließen und plädiert für einen einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg.

Herr John zitiert aus dem Entschließungsantrag vom 18.10.2011 „... *das Land stellt in Aussicht, dass für die schrittweise Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes an Grundschulen von 24 auf 22,5 die erforderlichen Ressourcen im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen aus den sogenannten demographischen Effekten bereitzustellen ist.*“ Das bedeute, dass mit einer finanziellen Unterstützung durch das Land NRW zu rechnen sei.

Herr John bestätigt noch mal die Forderung der Bezirksvertretung Dornberg zum Erhalt aller Dornberger Grundschulen, was bereits in der Vergangenheit immer wieder Ausdruck gefunden habe. Er bestätigt die positive Prognose für den Einzugsbereich der Grundschule Schröttinghausen durch die anstehenden Veränderungen und fordert die Erhaltung der Grundschule sowie die Besetzung der Schulleiterstelle. Er weist darauf hin, dass der Entschließungsantrag in das neue Schulgesetz eingearbeitet werden müsse und vorher keine Entscheidung im Rat der Stadt Bielefeld getroffen werden könne.

Frau Wilmsmeier unterstützt die Argumentation von Frau Brinkmann und Herrn John und dankt den Eltern für Ihr Engagement. Es sei von einer leicht schwankenden Schülerzahl von mind. 95 auszugehen und die Schulleiterstelle müsse nun endlich besetzt werden. Man dürfe das gegebene Versprechen des Gebietsänderungsvertrages zum Erhalt der Stadtteile nicht vergessen und spricht sich dafür aus, die Entwicklungen des Campus und der Baugebiet abzuwarten.

Herr Fermann unterstützt den Antrag, stellt jedoch die Notwendigkeit in Frage nach 5-7 Jahren erneut zu überprüfen. Weiterhin führt er aus, dass sich die Arbeit der vergangenen Monate gelohnt habe. Der Bürgerwille müsse respektiert und von der Politik unterstützt werden. Er kündigt eine Mahnwache zum Erhalt aller Grundschulen für den



10.11.2011 auf dem Rathausvorplatz an. Er fordert alle Mitglieder der Bezirksvertretung auf, dies zu unterstützen.

Frau Selle begrüßt die Bewegungen in Düsseldorf aufgrund der landesweiten Proteste aus der Bevölkerung. Durch die Gesetzesänderung sei die Möglichkeit zum Erhalt der Grundschulen gegeben. Die Stellungnahmen der Schulkonferenzen müssten zur Kenntnis genommen werden und Berücksichtigung finden. Die SPD-Fraktion unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion unter der Bedingung, dass die Eigenständigkeit der Grundschulen gesichert sei.

Frau Hempelmann unterstützt die Argumentationen und unterstreicht den Wunsch aller Grundschulen nach Eigenständigkeit.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung beenden die Beratungen und Herr Berenbrinker stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

**Die Stadt Bielefeld wird als Schulträger aufgefordert, die fünf Grundschulen in Dornberg auch in Zukunft in ihrer Eigenständigkeit zu belassen. Die Berechtigung der Eigenständigkeit kann nach ca. 5-7 Jahren überprüft werden.**

- einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen -

---

**Zu Punkt 5.2**

**Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Mitte, Dornberg, Brackwede, Jöllenbeck, Schildesche und Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2977/2009-2014/1

Unter TOP 5.1 beraten.

---

**Zu Punkt 6**

**Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/ N 6 "Kampheide Süd" für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Straße Kampheide, westlich der Deppendorfer Straße und 217. Änderung des Flächennutzungsplanes (Wohnbaufläche Kampheide Süd)**

**- Stadtbezirk Dornberg -**

**Beschluss über Anregungen  
Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3157/2009-2014

Frau Mosig vom Bauamt und Herr Lompa vom Planungsbüro Drees und Huesmann erläutern die Planungen der Beschlussvorlage und die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen die umgesetzten Änderungen der gemeinsamen Planungen.

**Beschluss:**

1. **Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. II / N 6 „Kampheide Süd“ für eine Teilfläche des Gebietes südlich der Straße Kampheide, westlich der Deppendorfer Straße wird gegenüber dem Entwurfsbeschluss im Südosten zurückgenommen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Bebauungsplan-Satzung eingetragene Grenze des räumlichen Geltungsbereiches verbindlich.**
2. **Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung werden gemäß Vorlage Anlage A 1 zur Kenntnis genommen.**
3. **Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 1) der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 3) der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 5) der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 6) der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 7) der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 8) der Stadtwerke Bielefeld GmbH (lfd. Nr. 9) wird gemäß Vorlage Anlage A 2 stattgegeben.**
4. **Den Stellungnahmen der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 2) der Öffentlichkeit (lfd. Nr. 4) wird gemäß Vorlage Anlage A 2 teilweise stattgegeben.**
5. **Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen der textlichen Festsetzungen und der Begründung werden gemäß Vorlage beschlossen.**
6. **Die 217. Änderung des Flächennutzungsplanes (Wohnbaufläche Kampheide Süd) mit Begründung wird im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB endgültig beschlossen.**
7. **Der Bebauungsplan Nr. II / N 6 „Kampheide Süd“ wird mit**

Text und Begründung als **SATZUNG** nach § 10 (1) BauGB beschlossen.

8. Nach Durchführung des Genehmigungsverfahrens zur 217. Änderung des Flächennutzungsplanes sind die Erteilung der Genehmigung für die Flächennutzungsplan-Änderung sowie der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. II / N 6 „Kampheide Süd“ gemäß §§ 6 (5), 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

...-

## Zu Punkt 7

### Sondermittel 2011

Herr Berenbrinker führt aus, dass noch ein Betrag von 3.665,00 € aus Sondermitteln zu verteilen sei.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung einigen sich auf folgende Verteilung:

#### Beschluss:

	Maßnahme	Förderung
1	Bau einer neuen Boulebahn	2.000,00 €
2	Förderung der Initiative Schröttinghausen/Niederdornberg-Deppendorf im Rahmen des Wettbewerbes "Unser Dorf hat Zukunft"	100,00 €
3	Förderung des Projektes Generationendialog	200,00 €
4	Spielgerät am Spielplatz Poetenweg	1.100,00 €
5	Heimatverein Dornberg für die Reparatur der Bänke im Stadtbezirk	265,00 €

- einstimmig beschlossen -

Herr Berenbrinker teilt mit, dass der Heimatverein Dornberg gebeten habe, die im vergangenen Jahr bewilligten Leistungen auch für die Reparatur von Bänken verwenden zu können. Sofern die Mitglieder der Bezirksvertretung damit einverstanden seien, müsse der am 18.11.2010 gefasste Beschluss geändert werden. Die Mitglieder der Bezirksvertretung unterstützen dies und fassen folgenden

#### Beschluss:

**Der Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg vom 18.11.2010 hinsichtlich der Vergabe von Sondermitteln an den Heimatverein Dornberg zur Beschaffung 2 neuer Bänke ist dahingehend zu ändern, dass von den Mitteln auch Reparaturen am vorhandenen Bankbestand vorgenommen werden können.**

- einstimmig beschlossen -

...-

*Herr Berenbrinker unterbricht die Sitzung für die Zeit von 18.36 Uhr bis 18.39 Uhr um einer Einwohnerin Gelegenheit zu geben, eine Frage zu*

stellen.

...-

**Zu Punkt 8 Planungen zum 800-jährigen Stadtjubiläum in 2014**

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren das Thema und sind sich einig, dass sich der Stadtbezirk Dornberg an den Feierlichkeiten zum 800-jährigen Bestehen der Stadt Bielefeld im Jahr 2014 beteiligen sollte. Genauere Planungen sollten im Arbeitskreis Kultur beraten werden.

...-

**Zu Punkt 9 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

**Hochwasserrückhaltung oberhalb der „Obersten Deppendorfer Wassermühle“**

Das Umweltamt teilt mit, dass derzeit verschiedene Lösungsvarianten ermittelt würden und diese im Frühjahr 2012 in der Bezirksvertretung vorgestellt würden.

**Ausschreibung der Schulleiterstelle der Grundschule Schröttinghausen**

Das Amt für Schule, Herr Beigeordneter Dr. Witthaus, hat die Bezirksregierung Detmold mit Schreiben vom 28.09.2011 um Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung Dornberg hinsichtlich der Ausschreibung der Schulleiterstelle der Grundschule Schröttinghausen gebeten.

**Kindertagesstätte Schröttinghausen**

Frau Wilmsmeier teilt mit, dass in der Kindertagesstätte Schröttinghausen 5 Kinder unter 3 Jahren abgelehnt werden mussten, da keine Plätze mehr vorhanden gewesen seien. Weiterhin gäbe es in der Kita einige Dinge die ersetzt oder repariert werden müssten.

...-

---

Berenbrinker,  
Bezirksbürgermeister

---

Steinborn,  
Schriftführerin